

**Rede
der Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung**

Claudia Schüßler, MdL

zu TOP Nr. 39

Erste Beratung

Notruf aus den Kliniken - Rettung statt Schließung

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/6277

während der Plenarsitzung vom 31.01.2025
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Über den vorliegenden Antrag - oder vielleicht besser: die Intention des Antrags -, unsere Kliniken mit einer Gesamtsumme von 300 Millionen Euro zusätzlich zu unterstützen, haben wir hier schon einmal diskutiert. Sie bringen das Thema ja mit sehr großer Regelmäßigkeit aufs Tapet. Das ist angesichts der schwierigen finanziellen Situation vieler Kliniken - das will ich hier nicht verhehlen - Ihr gutes Recht als Opposition. Aber Ihr Vorschlag einer Einmalzahlung ist einfach nicht nachhaltig und nicht gerecht, und er ist auch nicht klug.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, er ist eine eher emotionale Reaktion auf die wirklich schwierige Situation vieler Krankenhäuser in unserem Land. Ich will Ihnen gerne sagen, warum dies so ist, warum wir dies so beurteilen - auf Ihren Vortrag hin, Herr Holsten.

Zunächst einmal wird in Ihrem Antrag nicht danach differenziert, wie schlimm es um ein Krankenhaus steht. Vielmehr soll es mittels eines „kurzfristig“ zu erarbeitenden Verteilungsvorschlags zu einer „schnellen ... schlanken Hilfe“ kommen, was faktisch eine Ausschüttung mit der Gießkanne bedeutet.

300 Millionen Euro - das ist ein wirklich großer Batzen Geld. Teilt man ihn durch 165 - das ist die Anzahl der Kliniken in Niedersachsen -, kommt dabei ein Betrag von etwa 1,8 Millionen Euro pro Klinikum herum. Das ist immer noch ein großer Betrag; das hört sich nach viel an.

Angesichts der wirklich komplexen Mechanismen der Krankenhausfinanzierung ist das aber leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das muss man der Wahrheit halber sagen. Ein viel größerer Betrag wäre erforderlich, wenn man das tun wollte. Umgekehrt werden Sie vielleicht auch dort Geld ausschütten, wo es gar nicht nötig ist, Geld auszuschütten. Auch das will ich einmal sagen.

Sie wissen doch, wie der Haushalt aussieht.

Ich würde diese Diskussion vielleicht anders führen, wenn wir die 300 Millionen Euro irgendwo im Haushalt hätten oder wenn Sie sie in den Haushalt eingestellt hätten, den Sie uns vorgeschlagen haben. Aber das ist nicht der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich kann Ihnen versichern: Wenn eine Klinik in einer Notlage ist und die Versorgungssicherheit im dortigen Gebiet nicht mehr gewährleistet ist, dann hat unsere Landesregierung bis jetzt immer geholfen. Es gibt da immer eine enge Abstimmung, und die wird es auch in Zukunft geben. Es muss sich niemand um die Gesundheitsversorgung in seiner Region Sorgen machen.

Was ist denn die Ursache für die ganze finanzielle Misere, in der wir jetzt stecken?
Es ist der Reformstau der letzten beiden Jahrzehnte in der Gesundheitspolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von der Reform vom Pflegesatzsystem hin zum System der DRGs hatte man sich eine erhebliche Kostenersparnis versprochen, die im Übrigen in der erwarteten Form nie eingetreten ist. Die wirklichen Nachteile des Systems sind aber bereits nach kurzer Zeit offenbar geworden.

Spätestens nach einer mittelfristigen Periode von fünf bis sieben Jahren hätte hier schrittweise eine Korrektur erfolgen müssen. Das ist nicht passiert. Auch in den nächsten fünf Jahren ist nichts passiert, und auch danach ist nichts passiert. Ich kann es Ihnen leider nicht ersparen, die Namen zu nennen - auch Sie haben ja einen Namen genannt -: Dieses Vakuum, dieses Nichtstun ist verbunden mit den Namen Rösler und Bahr, Gröhe und Spahn.

Nichts ist passiert, nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen!

In Anlehnung an die gestern bereits benannte Altmaier- Delle könnte man an dieser Stelle vielleicht vom Gröhe-Stau oder von der Spahn-Flaute sprechen.

Der Erste, der es angepackt hat, ist Karl Lauterbach. Er ist der Erste, der eine Reform angepackt hat. Sie ist ein erster wichtiger Schritt.

Jetzt, da nach mindestens 15 Jahren endlich etwas passiert, werden Sie nicht müde, genau diesen Reformschritt zu kritisieren, liebe CDU.

Die Reform war längst überfällig.

Nicht nachhaltige Überbrückungshilfen aus Landesmitteln sind einfach keine Lösung. Es bedarf einer langfristigen Strategie, das heißt grundlegender struktureller Veränderungen im System.

Hier ist das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz ein erster richtiger Schritt. Wir werden die positiven Folgen leider erst zeitverzögert bemerken. So ist eine Reform im Gesundheitssystem ein Kraftakt auf Strecke. Das wissen auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Sie befassen uns im Landtag immer wieder mit diesem Problem, obwohl es im Kern ein Bundesproblem ist. Das wissen wir alle. Deshalb kann ich Ihnen nicht ersparen, Sie jetzt auf Ihr aktuelles Bundesprogramm hinzuweisen, wo es um den Bereich Gesundheit geht. Wir würden nämlich alle gerne wissen, welche Alternativen Sie uns als langfristige Strategie vorschlagen. Zumindest mich hat es interessiert.

In Ihrem Kurzprogramm schreiben Sie: „Wir stärken die Strukturen in der Gesundheits- und Pflegeversorgung in Stadt und Land.“ Da habe ich gedacht: Okay, es ist ein Kurzprogramm.

Dann habe ich mir die Mühe gemacht, das eigentliche, das lange Programm anzugucken. Da steht der entscheidende Satz: „Fehlsteuerungen infolge der Krankenhausreform wollen wir korrigieren.“

Ich übersetze das mal: Die erste Reform nach 15 Jahren wollen Sie zurückdrehen! Durch diesen Schritt würden Sie die wirklichen Schwierigkeiten bei der Finanzierung der stationären Versorgung ein für alle Mal ad acta legen. Sie würden einfach kapitulieren. Sie haben das Gesundheitssystem nicht verstanden.

Das ist eine wirkliche Klatsche.

Ein letztes Zitat aus dem CDU-Bundesprogramm - dessen Gesundheitsteil ich jetzt übrigens fast vollständig zitiere, ohne meine Redezeit zu überschreiten – möchte ich Ihnen nicht ersparen: „Wir führen einen Mentalitätswandel in der Gesundheitspolitik herbei: Miteinander und nicht gegeneinander ist das Gebot der Stunde.“

Quod esset demonstrandum! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, in den Ausschussberatungen bietet sich dazu die Gelegenheit.

Vielen Dank.